Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager e.V.

Am Holm 17, 24326 Nehnten

Vorsitzender: Dr. Reinhard Knof

An den
Schleswig-Holsteinischen Landtag
Europaausschuss
Vorsitzender Wolfgang Baasch
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Schleswig-Holsteinischer Landtag Umdruck 19/794
--

Schriftliche Anhörung des Europaausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtags zum Handelsabkommen CETA

Sehr geehrter Herr Baasch,

die Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager bedankt sich für die Möglichkeit einer Stellungnahme zum Handelsabkommen CETA und nimmt wie folgt Stellung:

Die Bürgerinitiative gegen CO₂-Endlager begrüßt Bestrebungen für einen fairen, transparenten und an Gemeinwohl, Umwelt und Demokratie ausgerichteten Freihandel.

Trotz der zahlreichen Verbesserungen des Handelsabkommens CETA, die durch den Druck der Zivilgesellschaft erreicht wurden, weist das Abkommen weiterhin gravierende Mängel, insbesondere im Bereich Umwelt und Demokratie auf. Es bleibt unverständlich, warum selbst mit einem Land wie Kanada kein an den oben genannten Maßstäben orientiertes Handelsabkommen verhandelt wurde.

Zur besseren Nachvollziehbarkeit der Kritik werden Schwerpunktmäßig einzelne Artikel beurteilt.

Artikel 4: Für die Anerkennung gegenseitiger Normen wird weder der Stand der Technik, noch gar der der Wissenschaft vorausgesetzt, wenn bestehende oder neue Normen eingeführt oder anerkannt werden sollen. Auch das Vorsorgeprinzip allen wirtschaftlichen Handelns fehlt und damit eine zentrale Grundlage des EU-Rechts. Damit ist dieser Vertrag als EU-rechtswidrig einzustufen.

Artikel 8: Zwar wird in 8.9 (1) den Vertragsparteien das Recht eingeräumt, Regelungen für den Schutz der öffentlichen Gesundheit, Sicherheit, des Schutzes der Umwelt und der öffentlichen Sittlichkeit, des Sozial- und Verbraucherschutzes oder der Förderung und des Schutzes der kulturellen Vielfalt zu erlassen. Ein Schadensersatzanspruch wird dabei aber nicht ausgeschlossen. Dass Schadensersatzansprüche nicht ausgeschlossen werden sollen ergibt sich aus Artikel 8.9 (4), in dem für Regelungen von Subventionen nach geltendem Recht eine Schadensersatzpflicht ausdrücklich verneint wird, was für Artikel 8.9 (1) fehlt. Jede Änderung von Regelungen des Artikel 8.9 (1), z.B. ein Verbot von Fracking oder dem Endlagern von Kohlendioxid im Untergrund, würde zu massiven

Schadensersatzforderungen führen können. Damit wäre die Politik erpressbar, wie das Beispiel des Kohlekraftwerks Moorburg mehr als deutlich gezeigt hat. Artikel 8.12 (d) bestimmt für erfasste Investitionen auch bei indirekten Formen der Enteignung, wozu bereits eine Wertminderung der Investition zählen kann, die Zahlung einer umgehenden, angemessenen und effektiven Entschädigung. Im Falle großer Investitionsvorhaben, deren Wert mehrere Milliarden Euro erreichen kann, hätten die gewählten Regierungen und Parlamente aus fiskalpolitischen Gründen kaum Möglichkeiten, gegen Fehlentwicklungen vorzugehen und Mensch und Umwelt durch Änderung von Regelungen zu schützen.

Wie der EUGH am 06.03.2018 in einem Urteil verkündet hat, ist die in dem Investitionsschutzabkommen zwischen den Niederlanden und der Slowakei enthaltene Schiedsklausel nicht mit dem Unionsrecht vereinbar. Für die Schiedsklauseln des Handelsabkommens CETA, die die Rechtsprechung den Gerichten der EU entziehen, ist ebenfalls von einer Unvereinbarkeit mit EU-Recht auszugehen.

Artikel 22 zeigt, wie wenig der Schutz von Mensch und Umwelt und eine nachhaltige Entwicklung durch dieses Abkommen geschützt werden. Die Vertragsparteien „erinnern“ an internationale Erklärungen, ohne diese rechtsverbindlich zur Basis des Abkommens zu machen. Eine nachhaltige Entwicklung wird lediglich „angestrebt“. Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung sollen „bewertet“, nicht jedoch vorgeschrieben werden. Damit wird eine nachhaltige Entwicklung in das freie Ermessen der Wirtschaft gestellt, was nach bisherigen Erfahrungen zum Scheitern verurteilt ist. Das Primat der Politik, den Rahmen wirtschaftlichen Handelns vorzugeben, wird aufgegeben.

Artikel 24 listet einige „Vorteile“ für einen schonenden Umgang mit der Umwelt auf. Es wird der „Wert“ einer internationalen Umweltpolitik anerkannt. Es fehlt jedoch entsprechend Artikel 8.9 (4), in dem für Regelungen von Subventionen nach geltendem Recht eine Schadensersatzpflicht ausdrücklich verneint wird, eine Regelung, die bei Regelungen zum Schutz der Umwelt eine Schadensersatzpflicht ausschließt. Dieser Artikel sieht auch keine Klagemöglichkeit der zuständigen Behörden oder der Zivilgesellschaft bei Umweltverstößen gegen Unternehmen vor. Damit entfaltet dieser Artikel keine Schutzwirkung für die Umwelt oder eine nachhaltige Entwicklung.

Artikel 26 untergräbt die freiheitlich demokratische Grundordnung, indem ein demokratisch nicht legitimierter Gemischter CETA-Ausschuss weitreichende Befugnisse zur Änderung aller in diesem Vertrag vorgesehenen Angelegenheiten erhält. Diese Befugnisse können auf nicht näher definierte Sonderausschüsse delegiert werden. Die Beschlüsse dieser Ausschüsse sind bindend. Damit erhält eine nicht demokratisch legitimierte Gruppe quasi legislative Rechte. Zudem können gem. Artikel 26.4 diese Beschlüsse auch im Geheimen und ohne Zugang der Öffentlichkeit auf die zugrunde liegenden Daten erfolgen. In Artikel 30 wird noch einmal ausdrücklich festgelegt, dass die Vertragsparteien oder der gemischte CETA-Ausschuss das Abkommen sowie zahlreiche Protokolle und Anhänge ändern können. Hierzu bedarf es keiner erneuten demokratischen Legitimierung oder Beteiligung der Öffentlichkeit.

Für die Bürgerinitiative gegen CO2-Endlager e.V. ergibt sich deshalb die Frage, wie sich das Abkommen auf Mensch und Umwelt, insbesondere hinsichtlich von Fracking

und der Endlagerung von Kohlendioxid im Untergrund auswirken würde. Dazu lohnt sich ein Blick auf die Akteure.

Über 75% der weltweit tätigen Bergbauunternehmen haben ihren Sitz oder eine Tochtergesellschaft in Kanada angesiedelt. In aller Welt sind Gerichte, Parlamentsausschüsse, UN-Experten, Nichtregierungsorganisationen und Journalisten damit beschäftigt, die Verfehlungen und Verbrechen kanadischer Bergbaufirmen aufzudecken: Korruption, Steuerhinterziehung, Ressourcenplünderung, Umweltverschmutzung, Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, gewaltsame Enteignungen, die Ermordung von Demonstranten, Komplizenschaft bei Misshandlungen und Morden an Gegnern von Bergbauprojekten, Einschüchterung, Kriminalisierung des Protests, Waffenhandel - eine Liste ohne Ende.

(Aus "Das Land der Bergbauriesen" von Alain Deneault und William Sacher vom 13.09.13, *Le Monde diplomatique*: <http://monde-diplomatique.de/artikel/1451178>)

Dem steht für Schleswig-Holstein ein Bergamt gegenüber, das bisher bei der Vergabe und Kontrolle bergrechtlicher Lizenzen kläglich versagt hat. Der Central Anglia wurde die Lizenz Sterup erteilt, obwohl der Geschäftsführer Dr. Reinhard Gast sich unrechtmäßig mit Professorentiteln in sozialen Medien schmückt. Zudem hat die Firma auch dann noch einen Betriebsplanantrag gestellt, als die dafür erforderlichen Finanzmittel nicht mehr vorhanden waren. Das ist dem Bergamt bei der Prüfung nicht aufgefallen und musste von unserer Bürgerinitiative nachgewiesen werden.

Im September 2017 erhielt die Samarium Tennessee Corporation (STC) vom selben Bergamt eine Lizenz im Harz zur Aufsuche von Mineralien auf einer Fläche von 153 km². Dem Bergamt fiel es dabei nicht auf, dass der Geschäftsführer ein Betrüger ist, der in Kanada bereits Berufsverbot hat und die eingereichten Unterlagen gefälscht waren.

Das Bergamt erteilte 2012 der Blue Mountain Exploration Inc. die Lizenzen in den Aufsuchungsfeldern Oldendorf und Lüneburg, obwohl die Firma nur auf dem Papier existierte und noch nicht einmal über ein Büro oder einen Briefkasten an der angegebenen Adresse verfügte. Insgesamt ist zu beobachten, dass das Bergamt Lizenzen an finanzschwache Tochtergesellschaften vergibt, so dass in Schadensfällen und für die Ewigkeitslasten Ausfälle bei Ersatzforderungen zu erwarten sind.

Die DEA und ihre Vorgängerfirmen sind wiederholt durch einen verantwortungslosen Umgang mit der Umwelt aufgefallen. In Niedersachsen wurden Pipelines zum Transport von Lagerstättenwasser aus PE-Kunststoff eingesetzt, obwohl bekannt war, dass Quecksilber und Benzol durch diese Leitungen in das Grundwasser austreten können, was auch geschehen ist. In Schleswig-Holstein hat die DEA Bohrschlamm per Handschlag an Unternehmer weitergegeben, die diesen dann in nicht genehmigte und geeignete Kiesgruben verbrachten. Weder die DEA, noch das Bergamt wissen genau, wo diese Abfälle abgeblieben sind. Aufklärung erfolgte bisher nicht.

Das Bergamt hat auch keine Übersicht, welche Schäden bisher durch die Erdöl- und Erdgasförderung entstanden sind. Die Aktenführung des Bergamtes entspricht nicht den Anforderungen, die an eine verantwortungsvolle Behörde zu stellen sind, so dass die Behörde nur unzureichenden Überblick über die eigene Arbeit hat.

Auch wenn sich zur Zeit bis auf das Feld Heide-Restfläche (Mittelplate) und die Erdgasförderung im „Entenschnabel“ die Bergbaufirmen aus Schleswig-Holstein zurückgezogen haben, so haben sie sich nicht aufgelöst, sondern warten auf die nächste Gelegenheit, neue Lizenzen zu beantragen. Den Willen, in Schleswig-Holstein fracken zu wollen, hat die Firma PRD Energy jedenfalls schriftlich bekundet. Die Max Streicher AG hat ihr Interesse an Kohlendioxidlagern in Schleswig-Holstein ebenfalls deutlich gemacht.

Mit CETA würden diese Firmen, sei es als kanadische Unternehmen oder über kanadische Tochtergesellschaften, auch Mangels eines verantwortungsvoll arbeitenden Bergamtes praktisch ungehinderten Zugriff auf Schleswig-Holstein erlangen.

Wir sehen daher dem Handelsabkommen CETA mit großer Sorge entgegen. Wie wenig Umweltschutz zählt, sehen wir in Niedersachsen, wo die DEA in einem Wasserschutzgebiet bohren will, obwohl für die Einhaltung des Abkommens von Paris jegliche Neuerschließung fossiler Brennstoffvorkommen unterbleiben und sogar ein großer Teil bereits erschlossener Vorkommen unausgebeutet bleiben müssten.

Wir appellieren daher auch in unserer Eigenschaft als Bündnispartner der Volksinitiative „SH stoppt CETA“ an den Landtag und die Landesregierung, sich mit aller Kraft **gegen** CETA in seiner jetzigen Fassung **einzusetzen**.

Nehnten, den 07.03.2018

Dr. Reinhard Knof